

Wahlprüfstein DIE LINKE

Bund Deutscher Forstleute
Friedrichstr. 169/170
10117 Berlin

Die deutsche Forstwirtschaft in der EU

Forstwirtschaft

1. Die multifunktionale Forstwirtschaft nimmt in Deutschland und Europa eine zentrale Rolle für eine nachhaltige gesellschaftliche Entwicklung ein. Neben den klassischen, vielfältigen Nutz-, Schutz- und Erholungswirkungen des Waldes erbringt die Forstwirtschaft auch wesentliche Leistungen zur Bewältigung aktueller Problemstellungen wie beispielsweise dem Klimawandel und der Biodiversität. Gleichzeitig hat die Forstwirtschaft aber auch regelmäßig klimabedingte Naturkatastrophen, insbesondere Sturmwurf und Borkenkäferbefall, zu bewältigen. Im Gegensatz zu vielen anderen Branchen ist die Forstwirtschaft nicht nur von der allgemeinen Wirtschaftskrise stark betroffen, sondern bereits durch die genannten Naturkatastrophen erheblich vorbelastet.

Welchen grundsätzlichen Stellenwert räumen Sie der Forstwirtschaft für eine nachhaltige gesellschaftliche Entwicklung ein?

Welche grundsätzlichen, politischen Hilfestellungen halten Sie auf Ebene der Europäischen Union für angemessen, eine nachhaltige Leistungserbringung durch die Forstwirtschaft sicherzustellen? Welche speziellen Hilfen sind mit Blick auf die Weltwirtschaftskrise auf dieser Ebene für die Forstwirtschaft geplant?

Europa ist geprägt von ländlichen Räumen. Neben der Landwirtschaft, dem Gartenbau und der Fischerei ist die Forstwirtschaft ein wichtiger Bestandteil der Agrarwirtschaft und des Lebens auf dem Lande. DIE LINKE wird diese Branchen stärken und damit den ländlichen Räumen eine Zukunft geben. Der Wald bietet als natürliche Ressource Einkommens- und Beschäftigungsmöglichkeiten durch seine nachhaltige Bewirtschaftung. Die Umweltleistungen des Waldes sind monetär nicht erfasst. Einen Handlungsrahmen für zusätzliche Leistungen, Verbesserung der Biodiversität, Schutzfunktionen Boden, Klima, Wasserhaushalt bieten der EU-Forstaktionsplan und die ELER-Richtlinie. Dieser Rahmen muss von den Mitgliedsstaaten ausgefüllt werden. DIE LINKE tritt für eine Integration der Forstpolitik in die Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) ein. Speziell kann in Deutschland der Forstwirtschaft durch eine Änderung des Bundeswaldgesetzes geholfen werden, indem die Handlungsmöglichkeiten der Forstwirtschaftlichen Vereinigungen erweitert werden. Damit muss insbesondere die Marktposition der Forstwirtschaft verbessert werden. Die LINKE hat das bereits vor einigen Monaten in einem Antrag im Bundestag gefordert.

2. In der Vergangenheit waren immer wieder Bestrebungen festzustellen, die multifunktionale Leistungserbringung der Forstwirtschaft einseitig in eine Richtung zu verändern. Beispiele hierfür sind eine geforderte Überbetonung des flächigen Naturschutzes mit weitgehenden Flächenstilllegungen, eine Überbetonung der wirtschaftlichen Notwendigkeit der Holzbereitstellung u.a. für energetische Nutzung oder gerade auch im öffentlichen Waldbesitz eine zunehmend wirtschaftliche Ausrichtung mit hoher Ergebniserwartung und hiermit verbundene Personaleinsparungen.

Halten Sie das Modell der multifunktionalen Forstwirtschaft mit seiner Kombination aller Leistungen des Waldes auf gleicher Fläche (Integration) europaweit für zukunftsfähig und erhaltenswert oder werden Ihrerseits zukünftig auch Mo-

delle favorisiert, nach denen die einzelnen Waldfunktionen (Holzproduktion, Naturschutz, u.a.) eher auf getrennten Flächen realisiert werden sollen (Segregation)?

Für DIE LINKE ist der multifunktional genutzte Wald klar einer Segregation vorzuziehen. Allerdings gibt es auch naturschutzfachlicher Sicht durchaus plausible Vorschläge zur Stilllegung ökologischer besonders wertvoller Waldflächen, in welchen eine natürliche Waldentwicklung ermöglicht werden sollte. Ein solches Vorgehen wird auch von der LINKEN unterstützt. Wir sehen genügend Nutzungsreserven im klein strukturierten Privatwald, die erschlossen werden können. Vielmehr fehlt es an Konzepten zur energetischen und stofflichen Nutzung von Holz unter Einhaltung einer nachhaltigen Waldbewirtschaftung.

3. Die vor Ort tätigen Waldeigentümer und Beschäftigten im Wald haben in der Vergangenheit immer wieder feststellen müssen, dass ihre tägliche Arbeit im Wald nicht nur durch Naturkatastrophen und sich ändernde wirtschaftliche Rahmenbedingungen erschwert wird. Eine Vielzahl geänderter und neuer gesetzlicher und gesetzgleicher Regelungen in den unterschiedlichsten Bereichen, aber auch die hieraus hervorgehende Rechtsprechung, haben zu einer deutlichen Erhöhung des Verwaltungsaufwandes bei allen Waldbesitzarten geführt.

Sehen Sie die Notwendigkeit der Verwaltungsvereinfachung im Forstsektor? Welche EU-Maßnahmen halten Sie für geeignet, einer europaweit wachsenden Bürokratisierung entgegenzuwirken oder diese gar abzubauen?

Welche gravierenden Folgen so genannte Verwaltungsvereinfachungen haben können, kann in den einzelnen Bundesländern beobachtet werden. Immer größere Gebiete werden von immer weniger Forstbediensteten betreut. Eine nachhaltige Bewirtschaftung des Waldes kann so nicht sichergestellt werden. Eine „wachsende Bürokratisierung“ können wir nicht feststellen. Im Interesse der Daseinsvorsorge sind staatliche Aufsicht und Maßnahmen z.B. gegen illegalen Holzeinschlag und Übernutzung notwendig.

4. Noch immer fehlt eine rechtlich verbindliche Konvention über die Grundsätze einer nachhaltigen naturnahen Waldbewirtschaftung auf Ebene der EU. Diese wird mittlerweile als zwingende Voraussetzung für eine Einbindung der Forstwirtschaft in die EU-Politik angesehen.

Sehen Sie auch die Notwendigkeit, eine solche verbindliche Konvention zu verabschieden? Wenn ja, was gedenken Sie zu unternehmen, um dieses Ziel zu erreichen?

Wir sehen auf nationaler Ebene das gegenwärtige Problem einer diesbezüglichen Definition im Bundeswaldgesetz. Natürlich würde eine Konvention auf EU-Ebene helfen auch in Deutschland Wald- und Forstwirtschaft zukunftsfähig auszurichten und dabei dem alten forstlichen Prinzip Nachhaltigkeit Rechnung tragen. Deshalb wird unsere zukünftige Fraktion für eine solche Konvention auf EU – Ebene eintreten, die den wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Anforderungen gleichermaßen gerecht wird und eine Partizipation der Bürgerinnen und Bürger stärker unterstützt.

5. Im europäischen Parlament gibt es keinen Ausschuss der sich originär mit forstwirtschaftlichen Fragestellungen befasst. In der europäischen Kommission ist die Zuständigkeit für die Forstwirtschaft auf verschiedenen Generaldirektionen aufgeteilt (Generaldirektionen Landwirtschaft, Umwelt, Wirtschaft). Dem BDF fällt es schwer, politische Ansprechpartner für eine EU-Forstpolitik oder europaweite, forstwirtschaftliche Problemstellungen zu finden.

Sehen Sie eine Notwendigkeit und die Möglichkeit, den Sektor Forstwirtschaft in den europäischen Gremien zu stärken? Gibt es innerhalb Ihrer Fraktion einen Europaabgeordneten oder Kandidaten, der sich speziell mit Fragen der Forstwirtschaft beschäftigt und uns als Ansprech- und Diskussionspartner dienen kann?

Wir sind für eine Behandlung der Forstpolitik im Ausschuss Landwirtschaft und ländliche Entwicklung. Eine Ansprechpartnerin oder einen Ansprechpartner für Agrarpolitik und ländliche Entwicklung werden wir nach der Europawahl am 7. Juni und der anschließenden Aufgabenverteilung in der neuen Fraktion bekannt geben.